

Fachtagung vom 10. Dezember 2015 in Bern

Zwangsmassnahmen: Mit verstärkter Kommunikation das Vertrauen stärken – Ein Tagungsbericht

von Diana Wider, Generalsekretärin KOKES

Mit dem Ziel, den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Fachkreisen und Betroffenen zu stärken, hat die KOKES in Kooperation mit der Guido Fluri Stiftung am 10. Dezember 2015 eine nationale Tagung zum Thema «Zwangsmassnahmen: Wie kommunizieren?» durchgeführt. Im Fokus stand die Kommunikation mit den Betroffenen.

Die KESB bewegen sich in einem sensiblen Umfeld. Zum Schutz von Kindern und Erwachsenen ist es ihr gesetzlicher Auftrag, bei einer Gefährdung von Betroffenen zu deren Schutz tätig zu werden. Bei Massnahmen gegen den Willen der Betroffenen liegt es in der Natur der Sache, dass die Entscheide der KESB als Zwang empfunden werden und sie von den direkt betroffenen Personen z.T. nur schwer nachvollziehbar sind. Gerade darum ist eine sorgfältige Kommunikation wesentlich. Die Tagung widmete sich der Frage, wie die Kommunikation mit Betroffenen besser gestaltet und gestärkt werden kann.

Am Vormittag wurde in verschiedenen Referaten die Verantwortung der Behörden früher und heute thematisiert sowie wichtige **Gelingens-Voraussetzungen für Massnahmen gegen den Willen** aus Sicht der betroffenen Kinder und Erwachsenen ausgeführt:

- *Guido Fluri* legte den Fokus in seiner Begrüssungsrede auf die Betroffenen und forderte, dass die KESB stärker auf die Bedürfnisse der betroffenen Personen eingehen. Um das Vertrauen wieder herzustellen, könne eine neutrale Anlaufstelle helfen.
- *Luzius Mader* warf einen Blick auf die Fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 und zog Schlüsse für heutige Zwangsmassnahmen: Die Forderung «Sprecht mit uns, nicht über uns.», erweise sich als praktische Handlungsanleitung.
- *Karin Banholzer* betrachtete die psychologischen Aspekte aus der Sicht von platzierten Kindern und Jugendlichen und wies auf die Wichtigkeit von tragfähigen Beziehungen sowie die Zusammenarbeit mit der Ursprungsfamilie mit Blick auf eine mögliche Rückführung hin.
- *Patrick Zobrist* beleuchtete die Hintergründe von Zwang und Macht: Transparenz, Klarheit und Offenheit (z.B. durch gute Auftrags- und Rollenklärung), Handlungsspielräume sowie die psychischen Grundbedürfnisse sind wichtige Parameter, die es zu berücksichtigen gibt.
- Abgeschlossen wurde der Vormittag mit zwei Erfahrungsberichten aus der Sicht eines betroffenen Kindes (*Christina Weber Khan*) resp. aus der Sicht betroffener Eltern (*Bruno Frick*). Diese Ausführungen schilderten eindrück-

lich, wie ein behördliches Vorgehen bei den Betroffenen empfunden werden kann bzw. welche Gedanken in solchen Situationen vorhanden sein können.

Am Nachmittag wurden spezifische Aspekte der **Kommunikation zwischen Behörden und Betroffenen** im Rahmen von vier Workshops vertieft:

- *Christina Manser* thematisierte die Anhörung sowie weitere Formen des Einbezugs vom Kind im Verfahren. Sie betonte die Vorteile von offenen und zirkulären Fragen.
- *Andrea Staubli* fokussierte die Kommunikation mit Eltern und plädierte dafür, den Eltern auch im Zwangskontext die Möglichkeit zu geben, Verantwortung zu übernehmen.
- *Jacqueline Frossard* betonte die Verletzlichkeit von Menschen in ungleichen Machtverhältnissen und präsentierte Lösungsmöglichkeiten für einen konstruktiven Umgang.
- *Lucie Rehsche* und *Dominique Strebel* thematisierten die Verständlichkeit von Entscheiden und plädierten dafür, dass Entscheide zu 70% für die Betroffenen und nur zu 30% für Fachpersonen/Anwälte/Beschwerdeinstanzen geschrieben werden.

Im Rahmen der Tagung wurde deutlich, wie wichtig die Kommunikation mit den Betroffenen ist und dass das Potenzial, die Kommunikation für eine gute Zusammenarbeitsbasis zu nutzen, noch intensiver ausgeschöpft werden sollte.

Die KOKES regt an, künftig **vermehrt das mündliche Gespräch** (statt schriftliche Kommunikation) mit den Betroffenen und ihren Bezugspersonen zu suchen, und zwar sowohl bei der Abklärung der Verhältnisse zu Beginn eines Verfahrens als auch am Schluss bei der Entscheideröffnung. Auf diese Weise können im direkten Gespräch der Schutzauftrag der KESB sowie die konkret erforderliche Massnahme besser erklärt und Missverständnisse ausgeräumt werden. Zu solchen Gesprächen können auch Vertrauenspersonen mitgenommen werden. Dann ist die betroffene Person nicht allein und fühlt sich nicht «ausgeliefert», sondern die Begleitperson hört auch mit, wenn die KESB die Gründe für eine Massnahme erklärt und was von der Massnahme erwartet werden kann, und kann gegebenenfalls vermittelnd und deeskalierend wirken.

Die angeregten Diskussionen belegen, dass die KESB und Berufsbeistandschaften bestrebt sind, ihre Kommunikation gegenüber den Klientinnen und Klienten sorgfältig zu gestalten und zu optimieren, um so auch das Vertrauen in die anspruchsvollen Aufgaben zu stärken. Die Tagung lieferte wertvolle Hinweise und Lösungsansätze für eine gute Kommunikation. Klar wurde auch, dass eine gute Kommunikation nur mit **genügend Ressourcen** möglich ist. Angesichts der knappen Ressourcen sind die KESB und Berufsbeistände gefordert, Prioritäten zu setzen und dort Zeit zu investieren, wo die Kommunikation für das Gelingen der Intervention besonders wichtig ist (im Wissen darum, dass andere Fälle dann zu kurz kommen, was ein Dilemma bei knappen Ressourcen ist).

Die KOKES wird das Thema «Kommunikation» weiter verfolgen. Anregungen aus der Praxis nimmt das Generalsekretariat gerne entgegen (bitte per E-Mail an diana.wider@kokes.ch).

Sämtliche Unterlagen zur Tagung sind zu finden auf:
www.kokes.ch > Aktuell > Fachtagung 2015 «Zwangsmassnahmen»